

Parteienbühne

Wirtschaftswachstum garantiert noch keinen sozialen Ausgleich

Vor dem Hintergrund wachsender Armutsgefährdung widmete die Freie Liste die Aktuelle Stunde des Landtags der sozialen Ungleichheit. Hohe Gesundheitskosten, steigende Mieten und Lebensmittelpreise bei mehr oder weniger stagnierenden Löhnen und Renten belasten das Portemonnaie vieler Menschen. Trotz wirtschaftlichen Wachstums hat ein zunehmender Teil der Bevölkerung Schwierigkeiten, die Lebenshaltungskosten zu stemmen. Der armutsgefährdete Teil der Bevölkerung ist laut Armutsbericht in 20 Jahren um 50 Prozent gestiegen, obwohl sich im gleichen Zeitraum die Wirtschaftsleistung fast verdoppelt hat. So ist bei alleinerziehenden Elternteilen bereits jede vierte Person von Armutsgefährdung betroffen und damit auch deren Kinder. Viele Rentnerinnen und Rentner sind armutsgefährdet, weil sie neben der AHV über keine oder nur eine unzureichende Pensionskasse verfügen.

Die besorgniserregende Entwicklung, die der Armutsbericht aufzeigt, bestätigt die immer weiter auseinanderklaffende Schere und damit die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen. Fragen nach dem Schutz der Sozialwerke und der Sicherung der Kaufkraft wurden von den Regierungsparteien und der DpL während der Aktuellen Stunde leider mit Allgemeinplätzen und ausweichenden Belehrungen beantwortet. Menschen mangelnde Leistungsbereitschaft oder Müsiggang zu unterstellen, wenn sie von staatlicher Seite Unterstützung erhalten, ist anmassend und unhaltbar.

Wir sind der Auffassung, dass sich die Politik dieser Problematik des steigenden finanziellen Drucks auf einen Teil der Bevölkerung ernsthaft annehmen muss. Gerade im Gesundheitswesen muss für die Deckung der Gesundheitskosten der Grundsatz gelten, dass direkt auf die finanziellen Verhältnisse der

Beitragszahlenden Rücksicht genommen werden soll. Die obligatorische Krankenkasse wird in Liechtenstein vonseiten der Prämienzahlenden über eine Kopfprämie gedeckt. Das heisst: Alle bezahlen gleich viel, unabhängig von deren wirtschaftlichen Verhältnissen. Übersteigt die Prämienlast die finanzielle Tragbarkeit, muss die Prämienverbilligung über einen Antrag ans Amt für Soziale Dienste angefordert werden.

Wir sind der Meinung, dass dies Menschen in die Rolle von Bittstellerinnen und Bittsteller zwingt, sie beschämt und die negativen Auswirkungen relativer Armut zusätzlich verstärkt. Es ist Zeit für ein direktes und soziales System zur Prämiengestaltung, welches die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Menschen berücksichtigt, ohne ihnen Hürden in den Weg zu stellen.

**Eine Stellungnahme der
Fraktion der Freien Liste**